



FORDERUNGEN AN DIE LANDESPOLITIK FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2011-2016

1. MITTELSTANDSFREUNDLICHKEIT DARF KEIN LIPPENBEKENNTNIS BLEIBEN!

Das Land geht zu Recht von der wichtigen Rolle von mittelständischen Unternehmen für die gedeihliche Entwicklung von Sachsen-Anhalt aus. Der Handwerkstag unterstützt die Absicht der Landesregierung, die Bürokratie umfassend abzubauen. Dazu gehört u.a. eine kritische Beurteilung von Maßnahmen, die unter dem Oberbegriff Verbraucherschutz gerade kleine Unternehmen immer mehr wenig sinnvolle Lasten auferlegen.

Der Handwerkstag unterstützt nachdrücklich das Ziel, „Eigenständigkeit und Selbständigkeit“ sowie „unternehmerisches Denken und Handeln“ zu beleben und bereits in der Schule zu verankern. Existenzgründer sollten unterstützt, aber nicht undifferenziert subventioniert werden. Die Erfahrungen zeigen, dass ein „Drängen in die Selbständigkeit“ und eine Orientierung an Selbständigenquoten wenig bringt.

2. DEMOGRAFISCHEN WANDEL NICHT VERHARMLOSEN!

Der Handwerkstag begrüßt, dass die Koalitionspartner den demografischen Wandel als Herausforderung begreifen. Jedoch sind die Konsequenzen des demografischen Wandels im Koalitionsvertrag in den konkreten Handlungsfeldern nicht benannt. Die Formulierung, dass der demografische Wandel „auch große Chancen“ biete, lässt befürchten, dass im politischen Alltag die teilweise dramatischen Folgen von zu geringer Geburtenrate und älter werdender Bevölkerung eher kleingeredet werden.

3. EFFIZIENTE ENERGIEPOLITIK!

Der Handwerkstag begrüßt die Schwerpunktsetzung des Koalitionsvertrages beim Thema „Energieeffizienz“. Hier sind zielgenaue Maßnahmen gefragt, um Fördermittel effektiv zur Senkung des Energieverbrauchs einzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist die geplante Einrichtung einer Energieagentur zu hinterfragen. Es dürfen keine Doppelstrukturen entstehen. Vielmehr müssen vorhandene Strukturen verknüpft und finanziell gestärkt werden.

4. BERUFLICHE BILDUNG NICHT BENACHTEILIGEN!

Die Landesregierung will die Studierquote erhöhen, um mehr höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen. Wir halten das für falsch. „In Hinblick auf den künftigen Fachkräftebedarf“ benötigt unser Bundesland nicht „mehr Schulabgänger mit höheren Bildungsabschlüssen“, sondern mehr mit passenden Bildungsabschlüssen. Die Orientierung an höheren Quoten anderer Staaten ist irreführend. Eine höhere Studierquote geht zu Lasten der Fachkräfteausbildung im Handwerk und führt dort insbesondere zu einem Aderlass an Spitzenkräften. Wir fordern ein Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von Hochschul- und beruflichen Bildung.

Wir halten es auch für falsch, Ausbildung mehr oder weniger formal mit dem Etikett „Hochschulausbildung“ zu versehen. Bildungsinflation ist nicht mit einem dauerhaft tragfähigen und leistungsfähigen Bildungssystem vereinbar, und ein „international ausgerichtetes“ Bildungssystem ist nicht eines, das sich einfach am Ausland orientiert – vielmehr muss man auch Vorbild für das Ausland sein.

forderungen

5. ABBRECHERQUOTEN VERRINGERN!

Der Handwerkstag unterstützt das Ziel, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss zu verringern und das lebenslange Lernen zu unterstützen. Hier fordern wir eine konkrete Untersetzung. Im Hinblick darauf, dass der Misserfolg in der Schule sich meist langfristig abzeichnet und häufig mit mangelndem Rückhalt im Elternhaus korreliert, fehlen im Koalitionsvertrag Aussagen zur entscheidenden Rolle der Eltern und zu deren Unterstützung.

6. FÖRDERPOLITIK NICHT ÜBERFRACHTEN!

Angesichts geringer werdender Einnahmen will die Landesregierung die Vergabe von Mitteln der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung „noch stärker an qualitative Kriterien der geförderten Arbeitsplätze binden“. Außerdem soll die Clusterentwicklung über Netzwerke und Verbundprojekte weiter gestärkt werden. Dies sieht der Handwerkstag kritisch. Die Qualität von Arbeitsplätzen und von Wirtschaftsstrukturen ist perspektivisch schwer einschätzbar und nicht nur an der Gehaltshöhe messbar. Auch ist eine solche Einschätzung in erster Linie Aufgabe der Investoren und nicht der Politik.

Die Landesregierung sollte sich deshalb auf den Ausbau von Infrastrukturen konzentrieren und den notwendigen Aufbau einer relativ subventionsfreien Wirtschaft begleiten. Selektive Fördermittelvergabe verführt dagegen zu einer Orientierung an Fördermitteln und nicht am wirtschaftlich Sinnvollen.

Der Handwerkstag lehnt die bevorzugte Förderung über Darlehen ab. Revolvierende Fonds sind zwar aus Sicht der Geldgeber verlockend, jedoch gerade für kleinere Unternehmen sind diese weniger attraktiv und für viele Förderzwecke ungeeignet.

7. KEINE UNFAIRE KONKURRENZ ZWISCHEN KOMMUNEN UND UNTERNEHMEN!

Land und Kommunen sind wichtige Nachfrager nach Produkten und Dienstleistungen des Handwerks. Der Handwerkstag unterstützt die Durchsetzung einer klaren Aufgabenteilung: Die Unternehmen leisten qualitätsgerechte Arbeit und zahlen Steuern - die öffentliche Hand wählt das jeweils wirtschaftlichste Angebot aus. Durch die von der Landesregierung beabsichtigte Stärkung der Kommunen als wirtschaftliche Akteure wird diese Aufgabenteilung in Frage gestellt. Wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen in handwerklichen Tätigkeitsfeldern bedeutet unfairen Wettbewerb und wird vom Handwerkstag Sachsen-Anhalt entschieden abgelehnt.

8. VERGABEGESETZ UNNÖTIG – BESTEHENDE VERGABEREGELN ENDLICH ANWENDEN!

Vergaben sind so zu gestalten, dass das jeweils wirtschaftlichste Angebot zum Zuge kommt – nicht das billigste. Dies gelingt bisher viel zu wenig. Daher lehnt der Handwerkstag die Überfrachtung von Auftragsvergaben mit außerwirtschaftlichen Vorgaben ab, wie dies für das geplante Vergabegesetz vorgesehen ist. Legitime sozial- oder umweltpolitische Vorgaben sollten für alle Unternehmen und ihre Beschäftigten gelten, nicht nur für an öffentlichen Ausschreibungen beteiligte Unternehmen. Solche Auflagen erhöhen jedoch vor allem die schon jetzt große Komplexität von Vergabeverfahren und stehen dem Anliegen des Mittelstandsförderungsgesetzes entgegen.

9. SCHWARZARBEIT KONSEQUENT BEKÄMPFEN!

Der Handwerkstag unterstützt die Ziele der Landesregierung, dass die öffentliche Hand eine vorbildliche Zahlungsmoral praktiziert, dass die Schattenwirtschaft konsequent bekämpft und das Mittelstandsförderungsgesetz konsequent angewandt wird. Hierzu ist u.a. ein Bekenntnis der Landesregierung und der Kreise zur Bekämpfung der Ursachen der Schwarzarbeit und zur Bereitstellung von mehr Personal dringend erforderlich.
